

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	41
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	5/2023
		GZ:	SI-BB
Sitzungstermin:	20.03.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	Frau Steckkönig und Frau Langer (beide SI-BB)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / th		
Betreff:	Sachstand Förderprogramm barrierefreies und alters- gerechtes Wohnen		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 10.01.2023, GRDRs 5/2023. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-
anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht.
Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

BMin Dr. Sußmann führt kurz im Sinne der Vorlage ein. Die Vorsitzende betont, dass dieses erfolgreiche Förderprogramm dazu beitrage, Menschen mit einer Behinderung oder Menschen mit altersbedingten Mobilitätseinschränkungen, die auf barrierefreien und altersgerechten Wohnraum angewiesen sind, einen längeren Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen. Die Bürgermeisterin dankt Frau Steckkönig und Frau Langer (beide SI-BB) für ihren Einsatz und die gute Arbeit im Rahmen des Programms.

Anschließend führt Frau Steckkönig analog der Präsentation weiter in das Thema ein. Die Verwaltungsmitarbeiterin macht darauf aufmerksam, dass nach dem im Dezember vergangenen Jahres erfolgten Antragsstopp auch im Laufe des Jahres 2023 aufgrund des Antragsaufkommens mit einem Antragsstopp zu rechnen sei. Um möglichst vielen Antragstellenden einen Zuschuss gewähren zu können, gebe es mehrere Möglichkeiten, zum Beispiel die Erhöhung des Budgets von 500.000 Euro auf 750.000 Euro oder eine Absenkung des Zuschusses für jeden Antragstellenden.

Im Verlauf der Aussprache wird das Förderprogramm anknüpfend an BMin Dr. Sußmann fraktionsübergreifend von den Ratsmitgliedern begrüßt. Die Stadträtinnen und Stadträte erklären, dass das erfolgreiche Programm finanziell und personell gut für die Zukunft aufgestellt werden sollte. Es wird daher mit Blick auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen übereinstimmend für eine Erhöhung des Budgets für das Förderprogramm plädiert. Zugleich wird sich gegen die Idee einer Absenkung der Zuschüsse für jeden Antragsstellenden ausgesprochen, da dann ggf. notwendige Umbaumaßnahmen nicht mehr erfolgen könnten. Die Ratsmitglieder bitten die Verwaltung um eine entsprechende Haushaltsvorlage, um die künftigen finanziellen und personellen Bedarfe für das Förderprogramm abschätzen zu können.

Bezugnehmend auf die Höhe des Zuschusses für jeden Antragsstellenden regen StR Dr. Rastetter (90/GRÜNE) und die StRinnen Bulle-Schmid (CDU) und von Stein (FW) an, dass der Betrag möglicherweise erhöht werden sollte. Es wird auf die gestiegenen Baukosten und Kosten für Handwerkerleistungen verwiesen. StR Dr. Rastetter erklärt, dass insbesondere bei Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Erhöhung der Förderung angezeigt wäre, damit auch diese Menschen notwendige Umbaumaßnahmen in ihrer Wohnung durchführen könnten. Frau Steckkönig sagt in diesem Kontext zu, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung der bisher abgearbeiteten Anträge prüfen werde, ob, und wenn ja, in welcher Höhe eine Erhöhung des Zuschusses für jeden Antragsstellenden notwendig ist. Man werde den Ratsmitgliedern baldmöglichst fundierte Zahlen vorlegen.

In diesem Kontext erklärt Frau Steckkönig auf Nachfrage der StRinnen Dr. Hackl (SPD) und Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), dass der maximale Förderbetrag von 30.000 EUR (für alle Maßnahmen) bislang nur in wenigen Einzelfällen abgerufen worden sei, beispielsweise bei einer Komplettsanierung der Wohnung. Häufig könnten auch schon kleinere Umbaumaßnahmen für eine große Erleichterung des Alltags sorgen. StRin Bulle-Schmid erkundigt sich im gleichen Zusammenhang, ob es Menschen gebe, die aufgrund ihrer geringen finanziellen Möglichkeiten das Programm nicht in Anspruch nehmen könnten, da sie sich den Eigenbeitrag nicht leisten können.

Frau Langer erklärt in diesem Kontext, künftig die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Grundsicherungsstellen in den Stadtbezirken ausbauen zu wollen, um das Programm noch aktiver zu bewerben. StRin Yükse! (FDP) fragt hierbei, ob es auch Verbindungen zum Stadtseniorenrat gebe.

StRin Dr. Hackl und StR Dr. Rastetter plädieren in der Folge dafür, dass das Förderprogramm finanziell und personell so aufgestellt werden müsse, dass künftig ein Antragsstopp und ein Zurückweisen von Anträgen vermieden werden könne.

Auf Nachfragen aus dem Gremium zum Thema Personalausstattung eingehend, erklärt Frau Langer, dass ein Stellenbedarf von einer 0,5 Stelle durch die Verwaltung als notwendig angesehen werde. Ein entsprechender Stellenplanantrag sei mit Blick auf die Haushaltsplanberatungen bereits gestellt worden. Man werde die Ratsmitglieder informieren, falls diese 0,5 Stelle nicht in den Verwaltungsvorschlag aufgenommen werde.

In diesem Zusammenhang teilt BMin Dr. Sußmann mit, dass die Sozialverwaltung dem Oberbürgermeister im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen erneut

ein Inklusionspaket vorschlagen werde. Die Weiterentwicklung dieses Förderprogramms solle ein Bestandteil davon sein. Die Bürgermeisterin erklärt, dass sie das einstimmende Votum des Gremiums, das Budget für das Programm zu erhöhen, zur Kenntnis nehme und dies entsprechend in die Verwaltung weitertragen werde.

StRin von Stein und StR Dr. Mayer (AfD) machen in ihren Wortmeldungen darauf aufmerksam, dass der mit Hilfe des Förderprogramms möglich werdende längere Verbleib in der eigenen Wohnung auch angesichts des aktuell akuten Pflegeplatzmangels erstrebenswert sei. Auch vor diesem Hintergrund und mit Blick auf den demografischen Wandel sollte das Förderprogramm weiterentwickelt und noch stärker in der Öffentlichkeit beworben werden.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder durch Frau Steckkönig und Frau Langer beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GR Drs 5/2023 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / th

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
SI-BB

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand